

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bestellpreis: im Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle: Hauptbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Verlagsort: Dresden Nr. 18691  
Erscheinenszeiten: Montags von 10 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr literarische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neuformatierte Monatsbeilage oder deren Raum 0,33 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restbeilage anschließend an den bezugsfähigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM, für den Restbeilage wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Hauptbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Normalbezüge kein Anbruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 7. Februar 1930

Nummer 32

## Polizeiattaden gegen Dresdner Arbeiter

Mit Gummiknüppel und Revolver soll die einheitliche Kampffront der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen verhindert werden

### Nun erst recht gemeinsame Kampffront!

Dresden, den 7. Februar 1930.  
Gestern nachmittag fand vor dem Metallbetrieb Ullnerstraße in der Zwickauer Straße eine Kundgebung von 250 bis 300 Erwerbslosen statt. Genau wie bei den anderen Betrieben riefte sofort ein Polizeikommando an und versuchte, die Transparente mit der Aufschrift: „Wir fordern Arbeit und Brot!“ und „Betriebsarbeiter kämpfen mit den Erwerbslosen, auch ihr könnt morgen schon kämpfen!“ zu beschlagnahmen. Die Erwerbslosen wandten sich mit aller Entschiedenheit gegen diese ungesetzliche Prozedur und wurden dabei von den den

Dresden, 7. Februar.

Die Beschlüsse des Landeskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition Sachsen haben nicht nur in den Betrieben, sondern auch unter den Erwerbslosen starken Widerhall gefunden. Immer mehr begreifen die Erwerbslosen, daß sie den Kampf für ihre Forderungen, für höhere Löhne und deren Zahlung an alle Erwerbslosen und für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, gemeinsam mit den Betriebsarbeitern führen müssen. Wir haben schon in den letzten Tagen über einige Demonstrationen berichtet, die die Erwerbslosen vor den Betrieben durchführten und die auch von den Betriebsarbeitern lebhaft begrüßt und unterstützt wurden. Über genau so, wie die Betriebsarbeiter und die Erwerbslosen begreifen, daß

ihre einheitliche Kampffront eine der wichtigsten Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf gegen die Forderung, gegen die Hungerlöhne des Kapitalismus der Koalitionsregierung und für die Verbesserung ihrer Lebenslage ist.

Genau so begreifen auch die Kapitalisten, daß diese einheitliche Kampffront ihnen gefährlich wird. Deshalb mobilisieren sie den Machtapparat des kapitalistischen Staates, um durch die brutale Niederschlagung der Erwerbslosen, die durch die Steigerung des Terrors gegen die Arbeiter in den Betrieben ergänzt wird, diese einheitliche Kampffront zu verhindern. Wir berichteten schon, daß die Polizei die Kundgebungen der Erwerbslosen vor dem Weiling-Betrieb und vor dem Metallbetrieb Anton Reiche zu verhindern suchte, indem sie die Transparente der Erwerbslosen beschlagnahmen wollte und die Erwerbslosen auseinanderzutreiben versuchte.

In beiden Fällen bildete sich bereits eine offene Kampfgemeinschaft der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern heraus.

Gegenüber ihrem einheitlichen Kampfwillen mußte die Polizei am Dienstag dieser Woche auf die Erwerbslosen, die vor der Sonne in Dobritz und anderen Betrieben in Niederfelditz mit ihren Transparenten demonstrierten und die Arbeiter in den Betrieben zum gemeinsamen Kampf aufforderten.

Je mehr die Prozeduren der Polizei an dem einheitlichen Kampfwillen der Erwerbslosen und der Betriebsarbeiter scheiterten, in um so brutaler Weise und mit um so prozessorientierteren Methoden knüppelte sie die Erwerbslosen nieder.

Weber dem gefürchten Polizeiberuf auf die Erwerbslosen, die vor dem Betrieb Unterfelditz demonstrierten, übermittelte uns ein Arbeiter aus diesem Betrieb folgendes:

#### Augenzeuenerbericht

Ich verließ 16.20 Uhr den Betrieb Unterfelditz, gegenüber dem Fabrikator fand ein Transparent mit der Aufschrift: „Wir fordern Arbeit und Brot!“

Auf einem zweiten waren die Worte zu lesen: „Betriebsarbeiter, kämpft mit den Erwerbslosen. Auch ihr könnt morgen schon kämpfen.“

Um diese beiden Transparente fanden ungefähr 25-30 Mann, eventuell Erwerbslose. Ungefähr 16.25 Uhr, also fünf Minuten später nach Verlassen meiner Arbeitsstelle, erschien plötzlich ein Polizeiaufgebot von 3 Mann mit Motorrad und Belagern. Das Fahrzeug hielt an, und die drei Polizisten sprangen aus dem Fahrzeug heraus. Wir sahen sie mit silbernen Säbeln auf das rote Tuch über die auf dem roten Tuch liegenden, mit weißer Schrift geschriebenen Worte. Ohne Tuch ließen, mit weißer Schrift geschriebenen Worten. Ohne Tuch ließen, mit weißer Schrift geschriebenen Worten. Ohne Tuch ließen, mit weißer Schrift geschriebenen Worten.

Beschlagnahme man dieses Transparent unter Anwendung des Gummiknüppels und Zischen der Schusswaffe.

Weber dieses Vorgehen war ich als Industriearbeiter, der seit vielen Jahren ununterbrochen im Betriebe steht, sehr empört. Ich leiste mich mit den Polizeibeamten in Verbindung und erlaube ihnen, daß die Handlungspolizei zum ihr Eingreifen

Betrieb gerade verlassenden Arbeitern unterstützt. Nachdem nach etwaiger Heberfallkommando erschienen waren, wurde eine großartige Aktion gegen die Erwerbslosen durchgeführt.

4 Arbeiter, darunter auch ein Arbeiter des Betriebs Ullnerstraße, wurden verhaftet.

Unter den Arbeitern des Betriebs Ullnerstraße herrscht über das brutale Vorgehen der Polizei, die ohne jeden Grund die Erwerbslosen überfiel und sie sogar mit den Revolvern bedrohte, ungeheure Empörung.

nach meiner Ansicht ein ungesetzliches war. Nach Verlauf von ungefähr 15 Minuten, nachdem

nach 5 Heberfallkommandos erschienen waren und die Streiks zu lösen versuchten, trat ich nochmals mit einem der führenden Kommiten in Verbindung. Er erklärte mir: „Wenn die Leute so unabhängig handeln würden wie wir, wäre es nicht so weit gekommen, und hätten wir anders gehandelt.“

Ich frage nun mit aus, was ich, was die vor dem Betrieb stehenden Erwerbslosen sich ebenfalls bemerken haben und die, welche das Fabrikgebäude verlassen. Ich frage mich nun heute, was war der tatsächliche Grund des Polizeieingriffs auf die Erwerbslosen?

Mit Schrecken muß man es das Gelingen der Erwerbslosen seit denken, wenn einem auf der anderen Seite bekannt ist, daß

in der Weimarer Verfassung jedem deutschen Arbeiter Recht über reichlich Lebensunterhalt gesichert ist.“

Die letzte Bemerkung des Arbeiters ist ein typischer Hinweis für die Tatsache, daß der „demokratische“ und von den Sozialistischen führenden beherrschte Staatsapparat auch den letzten Arbeiter mit Gummiknüppeln und blauen Köpfen davon überzeugt, daß die sogenannte „freie“ Republik der Welt nichts anderes ist als die nackte und brutale Diktatur des Geldes.

und daß es in dieser Republik für die arbeitenden Massen mit ein „Recht“ gibt, nämlich das „Recht“, sich auszulassen und auszuheulen zu lassen, das „Recht“, zu verhungern.

Welche Forderungen haben die Arbeiter, ob Betriebsarbeiter oder Erwerbslose, aus den Polizeiaffären gegen die demagogisch-reaktionären Erwerbslosen zu ziehen? Zuerst müssen die Betriebsarbeiter begreifen, daß

die Schläge der Polizei gegen die Erwerbslosen auch gegen sie gerichtet sind.

Sie sollen daran gehindert werden, sich mit den Erwerbslosen zu einer Front zusammenzuschließen, gemeinsam den Kampf für die gemeinsamen Interessen zu führen.

Die Bourgeoisie, die Sozialfaschisten und Nationalsozialisten wollen Betriebsarbeiter und Erwerbslose gegeneinander hetzen, um dann beide um so leichter auszulassen und niederzuschlagen zu können.

Die Herstellung einer einheitlichen Kampffront zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen ist in der jetzigen Situation eine Lebensnotwendigkeit für die gesamte Arbeiterklasse. Die Erwerbslosen werden sich deshalb auch durch den Polizeiterror nicht abhalten lassen, was zu tun, was in ihrem

## Die Kommunistische Partei marschiert!

In der Zeit vom 31. Januar bis 3. Februar hat im Bezirk Sachsen 321 neue Parteimitglieder eingetreten.

Dresden 45, Leipzig 115, Chemnitz 54, Zwickau 4, Schwarzenberg 3, Rimbach 3, Rabenberg 4, Johann 3, Worna 3, Wernitz 3, Hüblich 2, Worna 2, Wiedersbach 2, Kollmitz 2, Hertz 2, Oberhaindorf 4, Hüblich 2, Leipzig 2, Schöna 2, Jitzau 3, Weidendorf 3, Schürsdorf 3, Gärthain 2, Neuenhütten 3, Heidenau 3, Glaua 4, Weitzsch 3, Großenhain 3, Kamsdorf 2, Elsteritz 2, Weitzsch 11, Hüblich 2, Rastbach-Spremsberg 3.

24 Neuanmeldungen an einem Tage

Am 4. Februar traten in die Kommunistische Partei 24 neue Mitglieder, und zwar:

Hainau 1, B. 6, Worna 2, Leipzig 2, Talsitz 1, Causitz 2, Rastbach-Spremsberg 1, Wiedersbach 1, Leipzig 1, Cotalahora 1, Othenhof bei Wittweitz 1, Zwickau 3, Kurgüßel 3, Kermelungsbühl 3 Dresden 1.

### Dresdner Jungarbeiter protestieren gegen den Arbeitermord in Hamburg

Durchbruch des Banneiles

Dresden, 7. Februar.  
Schon in den Abendstunden versammelten sich die Dresdner Jungarbeiter auf dem Freiburger Platz und protestierten gegen das bestialische Verbrechen des sozialfaschistischen Völkermörders des Sozialfaschisten mit keiner Gnade in Hamburg. Ein Jungarbeiter schrie: „Wie brutal die Polizei gegen die demonstrierenden Erwerbslosen vorging. Wie in Hermannsdorf, Berlin und Worna bekamen auch hier die Erwerbslosen blaue Köpfe statt Brot. Es gilt jetzt, in allen Stempelstellen und Betrieben Stellung zu nehmen zu den letzten Vorgängen.“

Die Antwort muß sein: 1000 neue Kämpfer für die gemordeten Genossen!

In den Betrieben und bei den Erwerbslosen müssen sich die Jungarbeiter revolutionäre Vertrauensleute bilden, die die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen den in seiner schwersten Krise angehenden kapitalistischen Staat führen. Mit der Aufforderung, sich dem kommunistischen Jugendverband, der einzigen Organisation des revolutionären Jugendproletariats, anzuschließen, und mit einem Hoch auf das tapferste Hamburger Proletariat wurde die kurze Kundgebung geschlossen.

Spontan bildete sich ein Demonstrationsteam. In wirklich musterhafter Weise demonstrieren die Jungarbeiter durch die Straßen der inneren Altstadt ungeachtet der Banneile „Beneidete Rotfront-Akte“ erhalten aus den Proletariatsorganisationen.

Unter dem Schlag revolutionärer Mäher und Hieberrufen gegen das noch bestehende kapitalistische System und gegen die sozialfaschistischen Kollaboranten gelangte der Demonstrationsteam bei sozialfaschistischen Ränge erreicht hatte, bis vor das Rathaus. Nach einem kurzen Appell wurde hier die Demonstration aufgelöst, nach dem die Heberfallkommandos der Polizei anrückten.

### 336 Betriebsstilllegungsanzeigen in einem Monat

Wie die Sächsische Staatskanzlei meldet, hat beim Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Monat Januar d. J. 336 Anzeigen über beabsichtigte Betriebsstilllegungen eingelaufen. Gegenüber dem Monat Dezember 1929 ist das eine Steigerung von 37 Prozent.

Der Massenhinweis auf die Arbeiter aus den Betrieben geht also weiter. Der Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und gegen die wirtschaftliche Politik der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, die diese Nationalisierung unterstützt, steht auf der Tagesordnung. Bildet in allen Betrieben Kampfvereine gegen die Nationalisierung, gegen Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen! Wehrt euch revolutionäre Vertrauensleute und Betriebsrat! Organisiert den Kampf für Lebensunterhalt mit Lohnausgleich und allgemeiner Lohnsteigerung!

### Thüringer Erwerbslose rüsten zum Hungermarsch

Am 4. Februar hatte der Gothaer Erwerbslosenrat die Arbeiter zu einer Kundgebung eingeladen, der große Saal des Volkshauses war überfüllt. Parteivorsitzender Hermann Zimmermann sprach, oft unterbrochen von tumultuöser Zustimmung der Versammlung, die den gemeinsamen Kampf mit den Betriebsarbeitern propagierte. Nach der Versammlung formierte sich ein harter Demonstrationsteam von weit über 1000 Mann, der mit dem Rufe der Erwerbslosen: „Arbeit und Brot, Kämpfen den Lohn!“ durch die Straßen marschierte. In allen Städten und Orten rüsten die Thüringer Arbeiter zu einem großen Hungermarsch am 15. Februar unter Führung der kommunistischen Partei, der sich besonders gegen die erwerbslosenfeindliche Politik der Thüringer Regierung richtet, in der die Nationalsozialisten vertreten sind.

### Sozialfaschistische Rundfunkpolizei

Die Verhandlungen über den Stahlfundal vor dem Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages sollten im Rundfunk übertragen werden. Der Vorsitzende, Genosse Schwentz, erklärte, daß die Öffentlichkeit ein so großes Interesse an der Beurteilung dieser Korruptionsaffäre in Berlin habe, die eine unmittelbare Verfolgung der Verhandlungen durch die Arbeitsöffentlichkeit erforderlich mache. Die Volkspartei protestieren dagegen, weil darunter die Würde der Parlamente leide. In der Geschäftsordnungsdebatte zeigt Genosse Osch die Unklarheit dieser Ansicht vor dem Rundfunk aus, und — nachdem noch ein Volksparteiler und Deutschnationaler sprach — kommt der Sozialfaschist Hellmann und erklärt, er habe die Übertragung unterbunden. Der Sozialfaschist Hellmann hat alle Verantwortung, sich als Rundfunkpolizei aufzuspielen, weil gerade die SPD die Hauptverantwortliche für die ungeheure Korruption im Stahlfundal ist und die Öffentlichkeit zu täuschen hat.